

AFGHANISTAN WAS STECKT HINTER DEM RUSSISCHEN EINMARSCH ?

Seit Wochen jammern und heulen die Presse-Hyänen der kapitalistischen Welt über Rundfunk, Presse und Fernsehen. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit ihrer Abstimmung gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan wurde aufgeblasen in der kläglichen Hoffnung, die Außenpolitik der Sowjetunion dadurch zu beeinflussen. Hierzulande versuchen CDU und CSU, für ihre reaktionäre Politik daraus Kapital zu schlagen zunächst macht sich dies bemerkbar in der Forderung nach einem höheren Rüstungsetat für die Bundeswehr. Gleichzeitig steckt die Absicht dahinter, durch ihre Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion die Wähler von den Problemen zuhause - und von dem Innenpolitischen Programm der CDU abzulenken. Mittlerweile erwägt eine ganze Reihe konservativer Regierungen, wie z.B. in Großbritannien, Kanada und Australien, bereits einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau.

Imperialistische Heuchelei

Das Ausmaß an kapitalistischer Heuchelei, das durch eine Flut moralischer Empörung und scheinheiliger Aufregung hier zum Ausdruck kommt, bleibt durch die Skandale des letzten Jahrzehnts unübertroffen. Verschwiegen werden natürlich dabei die imperialistischen Einmärsche der Vergangenheit, die mit dem "Interesse des Volkes" tatsächlich nichts zu tun hatten. Wir erinnern hier z.B. an den Einmarsch amerikanischer Truppen in Korea und Vietnam in den 50er und 60er Jahren, an die Intervention französischer und belgischer Truppen in Zaire 1978, um die Guerilla-Bewegung dort zu zerschlagen, und an die Tatsache, daß die USA bereits seit zwei Jahren eine Eingreiftruppe ausbilden, die im Ernstfall die Ölfelder erobern soll.

Auch China, dessen Regierung sich ebenso lauthals über den Einmarsch empört, hat einiges zu verschweigen: als vor einem Jahrzehnt chinesische Truppen in Tibet (an der Südgrenze Chinas) einmarschierten, regte sich keine westliche Regierung darüber auf. Tibet ist jetzt voll in die V.R.China eingegliedert, ohne daß sich jemand um die Unterdrückung der Tibetaner gekümmert hat. Warum nicht? - Weil ihr kleines rückständiges Land - ohne politische oder strategische Bedeutung - für die westlichen Mächte kein Verlust war.

Widerstand der Rebell

Auch die Behauptung der russischen Bürokratie, ihre Truppen seien einmarschiert, um das Volk zu retten, entspricht kaum der Wirklichkeit: Widerstand kommt nicht von ungefähr, egal, wie man die Größe und Bedeutung der "Widerstandsrebellen" einschätzt. Wenn einige hunderttausend Flüchtlinge, die nach Pakistan geflohen sind, größtenteils im wehrfähigen Alter sind und sich dort Waffen und militärische Ausbildung von gleichgesinnten Pakistanern geben lassen (Angaben laut amerikanischer Zeitschrift "Time", 14.1.80), bleibt es eine Tatsache, daß der Einmarsch der Russen, und auch die Politik der letzten afghanischen Regierung, nicht auf einhellige Begeisterung der Bevölkerung gestoßen sind.

Über die Gründe für den Einmarsch herrscht bei vielen Kollegen hierzulande große Verwirrung. Sie werden sich ernsthaft fragen: Wer hat denn nun recht? Die Unterdrückung des afghanischen Volkes hat nicht erst seit dem Einmarsch begonnen, sondern sie ist aus ganz konkreten materiellen Gründen in der Geschichte des Landes eingebettet. Schon früher war Afghanistan ein Spielball zwischen dem britischen Weltreich und dem zaristischen Rußland gewesen. Marxisten betrachten jedoch die Ereignisse nicht von einem moralischen Standpunkt, wie es z.B. manche "kommunistische" oder sozialdemokratische Parteien tun, sondern vom Klassenstandpunkt aus.

Nur wer sich den politischen und wirtschaftlichen Hintergrund dieses armen Landes ansieht, der die Klassegegensätze in sich begründet, wird diese Frage beantworten können.

Rückständigkeit Afghanistans

Bis 1978 hatten fünf Prozent der Bevölkerung - die Großgrundbesitzer - 45% des Bodens in Ihren Händen, während 85% besitzlose Bauern und Tagelöhner waren, die in entsetzlicher Armut lebten. 90% aller

rische Demokratie aufgebaut, die aber gescheitert ist.

Nach einem "friedlichen" Militärputsch 1953 balancierte Prinz Daud, der Schwager des Königs, zehn Jahre lang zwischen den verschiedenen Klassen, ohne daß sich etwas grundlegendes im Lande änderte. Dies war natürlich vollkommen im Interesse der

Einfluß des Wirtschaftschaos begann sich unter dem Druck der Massen mit den notwendigsten Reformen:

- * Die Großgrundbesitzer wurden enteignet und eine Million Hektar Boden wurden an 680.000 Kleinbauern verteilt.
- * Die Schulden von 11 Millionen Kleinbauern an die Landherren und

freundschaftliche Beziehungen zu den meisten reaktionären Regime: Solche Beziehungen pflegte sie auch in der Vergangenheit zu den verschiedenen feudalen Diktaturen und Monarchien in Afghanistan selbst, ohne je im Traum daran zu denken, dort eine soziale Revolution auszulösen. Ein stabiles feudales Regime im Nachbarstaat Afghanistan wäre ihr Liebes gewesen, als die heutige instabile, von Unruhen, Chaos und Aufständen erschütterte Revolutionsregierung.

Als aufgrund der Inneren Widerstände des Landes dort 1978 eine soziale Revolution in Gang kam, konnte die Kreml-Bürokratie jedoch schwerlich dagegen einschreiten. Sie mußte die Entwicklung wohl oder übel akzeptieren - und versuchen, dies unter Ihre Kontrolle zu bekommen. Sie mußte ihr darum gehen - wenn die Regime in Kabul schon eine soziale Revolution durchgeführt hatte - daß sie jeden Preis dieses sofort und von Anfang an auf stalinistische Grundzüge und nach Moskauer Vorbild zu stabilisieren. Als das Regime die aus eigener Kraft nicht schafft, wurden mehr und mehr sowjetische "Berater" und Truppen über die Grenze zu Hilfe geschickt.



WER IM WEISSEN HAUS SITZT, SOLLTE NICHT MIT STEINEN WERFEN !

Männer und 98% aller Frauen waren bis dahin Analphabeten die Sterblichkeitsrate bei der Geburt lag bei 22,2%, während die Lebenserwartung ca. 34 Jahre betrug. Afghanistan gehört zu den beiden letzten Ländern auf der Welt, wo Pocken noch nicht ausgerottet sind. Diese elenden Zustände haben die Imperialistischen Pressezeren noch nie interessiert. Darin sehen sie noch nie einen Anlaß für Wutgeschrei und Schlagzeilen. Das Land hat so wenig Industrie und ist überhaupt so wenig modernisiert, daß es nicht einmal eine Eisenbahn gibt! Die wichtigsten Ausfuhrhüter sind Früchte (20-40%), Teppiche und Felle, (Pflanzen-)Öl, während die strenge islamische Religion und die bis 1973 herrschende Monarchie dafür sorgten, daß das Land nie aus dem feudalistischen Mittelalter herauskam. Das Land ist fast dreimal so groß wie die Bundesrepublik, hat eine überwiegend gebirgige Landschaft und ist mit vielen verschiedenen Stämmen verschiedener Sprachen und Kulturen bevölkert. Anders als im Iran, wo über 50% Perser sind, gibt es kein "einheimisches afghanisches" Volk, obwohl ca. 60% die Sprache eines der Hauptstämme, der Paschtunen, sprechen. Eine Modernisierung der Gesellschaft könnte nur durch die Lösung des Nationalitätenproblems erfolgen.

Vorgeschichte seit '45

Von Kriegsende 1945 bis zum Sturz der alten Ordnung 1978 war keine Regierung imstande, das Land aus dem Mittelalter herauszuführen: 1949 wurde zunächst eine parlamenta-

alten feudalistischen Herrscher um die Monarchie und die Stammesführer: es gab keine einheimische starke Kapitalistenklasse, die die Industrialisierung der Wirtschaft hätte vorantreiben können. Infolgedessen gab es keine Arbeiter- und Bauernpartei, die für die Abschaffung der alten Verhältnisse durch einen sozialistischen Wirtschaftsplan hätte kämpfen können. Wie in allen Kolonialländern übernahmen die Kleinbürger aus der Armee, Universität oder Justiz die Rolle, die eigentlich der Arbeiterklasse zufiele: Sie kämpften für den Sturz des alten feudalistischen Systems. Dies gelang ihnen aber weder in der zweiten "parlamentarischen" Periode 1963-1973, noch in den fünf darauffolgenden Jahren. Bei den Wahlen '73 gelangte Daud durch einen zweiten Putsch noch einmal an die Macht. Wenig später schaffte er die Monarchie ab.

Der Umsturz von 1978

Doch weder das Problem der Modernisierung der Gesellschaft noch das der Armut der Massen wurden dadurch gelöst. Die Kämpfe gegen das neue Regime wurden bis April 1978 immer heftiger. Eine Demonstration mit 15.000 Teilnehmern beim Begräbnis eines Linken, der von der Regierung ermordet wurde, führte zu zahlreichen Verhaftungen und setzte die Zeichen für eine tiefgreifende gesellschaftliche Änderung. Diesmal eroberte die "Demokratische Volkspartei" unter Taraki, Karmal und Amin die Macht. Wegen der Ausweglosigkeit der alten Ordnung und dem

Geldverleher wurden bedingungslos gestrichen.

- * Die Schulpflicht - auch für Mädchen - sowie ein Alphabetisierungsprogramm für alle Erwachsenen (mit Pflichtunterricht) wurden eingeführt.
- * Einige islamische Gesetze, wie die Kinderehe, das Brautgeld und das Scheidungsverbot für Frauen, wurden verboten bzw. abgeschafft.
- * Wo es nur möglich war, wurde verstaatlicht, sodaß der Kapitalismus in Afghanistan schon (in seinen Anfängen) im Keim erstickt war.

Außenpolitik der UdSSR

Der Umsturz von 1978 geschah anfangs ohne Wissen und sogar gegen den Willen der Moskauer Bürokratie. Die konservativen Kremlherren haben längst kein Interesse mehr daran, "die Weltrevolution voranzutreiben", wie ihnen die kapitalistische Presse immer unterstellt. Ihr Interesse liegt einzig und allein in der Aufrechterhaltung des internationalen Jetzt-Zustandes und der Erhaltung ihrer schmarotzerischen Privilegien und diktatorischen Allmacht in der Sowjetunion selbst. Deshalb ist sie im Prinzip eine eifrige Verfechterin der "Entspannungspolitik" und des "Konzepts der friedlichen Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme". Jede größere Störung des weltweiten Kräfteverhältnisses und vor allem jede Revolution, die zu einer echten Arbeiterdemokratie führen könnte, gefährdet auch ihre eigene Machtposition. Deshalb pflegte sie in der Vergangenheit (wie auch noch in der Gegenwart und in der Zukunft) stets beste

Sturz von Feudalismus und Kapitalismus

Mit dem Umsturz von 1978 war die alte Ordnung des Großgrundbesitzes und des frühen Kapitalismus endgültig vorbei. Doch obwohl die arme Bauern nicht mehr unter diesem Joch zu leiden hatten, herrschte in diese rückständigen ländlichen Gebiete immer noch die islamischen Mulla und ihre fortschrittsfeindlichen Sitten und Lehren. Zusammen mit den Star mesführern und den enteigneten Landbesitzern bilden sie den Kern d Widerstandes und führen in Guerilla-Krieg in den Gebirgen n dem Ziel, die alten Verhältnis wieder einzuführen. Den "Widerstandskämpfern" ist o der anderen Seite die Tatsache gegenüberzustellen, daß durch ih Aktivitäten die Bevölkerung z. schwer benachteiligt wird, z.B. durc Preiserhöhungen um 100% (Reis) u 500% (Brennholz). Brennstoff ist se dem Aufstand v or dem russische Einmarsch fast unerhältlich, weil d Rebellen Hauptstraßen blockieren, daß die Waren sehr knapp geword sind.

Angesichts dessen ist Zweifelhaft, ob die Rebelle tatsächlich die uneingeschränkte Unterstützung der Bevölkerung genießen. Diese chaotischen Zustände wird die neue Regierung wahrscheinlich aufheben können, was dazu beitragen wird, daß die unmittelbare Unterstützung der Rebellen durch einige Bevölkerungsschichten entzogen wird. Die Reformen wieder rückgängig zu machen durch einen Sturz d neuen Regierung - auch wenn dies nicht wahrscheinlich ist - wäre zweifellos gegen die Interessen und d Willen der meisten Bauern und Tagelöhner. Aber solange die Reformen von oben nach stalinistischem Vorbild eingeführt werden - vollkommen bürokratisch und ohne ausreichende Erklärung und Überzeugung, ohne Rücksicht auf die rückständige Kultur, auf das äußerst niedrige Bildungsniveau der ländlichen Bevölkerung und auf die Probleme u Wünsche der nationalen Minder

ten - solange wird die Lage in Afghanistan verhältnismäßig instabil bleiben.

Einandersetzungen in der Führungselite

In Ländern wie China, Äthiopien, Kambodscha, Birma usw. wurden die Revolutionen von Parteien durchgeführt, die in hohem Maße nach dem Umsturz in revolutionärer Form "kommunistisch" oder "sozialistisch" nannten - und bestanden von den Persönlichkeiten in dem Kleinbürgertum angeführt wurden. Auf diese Weise kamen in Afghanistan zwei "kommunistische Parteien" Ende der 60er Jahre zustande: die "Khalq"-Partei unter dem Bauernsohn Taraki und dem kürzlich gestürzten Amin, und die "Parscham"-Partei unter Generalsohn Babrak Karmal, dem jetzigen Regierungspräsidenten. Diese Parteien schlossen sich zusammen zur "Demokratischen Volkspartei", 1978 die Macht übernahm und in der Gesellschaft einen entscheidenden Wendepunkt herbeiführte.

Aber die ständigen Krisen innerhalb der Partei seit April 1978 widerspiegeln nur die Krise der gesamten Gesellschaft. Karmal wurde als "Botschafter" nach Prag abgehoben, weil er das repressive Vorgehen der Regierung Tarakis gegen die Rebellen kritisierte. Amin wurde Premierminister unter Taraki und konzentrierte zunehmend die Staatsmacht, Polizei usw. in seinen Händen, bis er im April 1979 Taraki als Staatschef absetzte. Amin griff immer schärfer gegen die Widerstandskämpfer ein, bis die Armee Oktober 1979 einen Aufstand organisierte, der nur mit Hilfe sowjetischer Soldaten zerschlagen werden konnte. Die Lage in dem südlichen Nachbarstaat war der russischen Bürokratie unruhig, instabil und gefährlich geworden. Im September hatte sie dem gestürzten Taraki empfohlen, einen Putsch gegen Amin durchzuführen; dieser entdeckte den Plan und ließ Taraki ermorden. In der Hoffnung, daß der moskautreue Karmal die gesellschaftlichen Unruhen besser bewältigen könnte, wurde er als "den Griff bekommen würde, holte die UdSSR ihn aus dem "Exil" zurück und schickte am 27. Dezember noch mehr sowjetische Truppen ins Land. Amin wurde getötet und Karmal an die Macht gestellt. Dieser hat die Aufgabe, mit den Rebellen eine Kompromißlösung auszuhandeln und das heißt, das Amin mit seinen ultralinken und repressiven Vorgehen anzuhaken, wie Rebellen eine Kompromißlösung wieder rückgängig zu machen.

Bewertung des Einmarsches

Wenn wir den Einmarsch isoliert betrachten würden - und einmal die internationale Lage und die Reaktion in der weltweiten Arbeiterbewegung außer Betracht ließen - müßten wir bei der schärfsten Kritik an den Methoden die Rolle der Sowjetunion als in gewisser Hinsicht fortschrittlich beschreiben: Sie wird auf jeden Fall verhindern, daß es den "Rebellen" und der afghanischen Armee gelingt, die alte Feudal-Ordnung wieder herzustellen. Dies wäre ein starker Rückschritt für die afghanische Gesellschaft. Die Truppen werden dafür sorgen, daß die neue Regierung Zeit hat, um die Reformen und dadurch die innenpolitische Lage zu festigen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie dann nach einiger Zeit wieder abgezogen werden, da ihre langfristige Stationierung wiederum eine Herausforderung - vor allem der nationalen Minderheiten - darstellen würde.

Die Moskauer Bürokratie hat bei diesem Einmarsch die Lage in ganz Zentralasien in Betracht gezogen. Die Nachbarländer rings um Afghanistan gleichen einem sozialen Pulverfaß, das jeden Augenblick in die Luft gehen kann. Seit dem Sturz des Schahs ist die politische und wirtschaftliche Lage im Iran äußerst instabil. In Pakistan, das gegenwärtig von den Militärs unter dem reaktionären General Zia-ul-Haq regiert wird, ist die Gesellschaft völlig zersplittert. Sie steckt wirtschaftlich in der Sackgasse. Nach einem halben Jahrzehnt brutaler politischer Unterdrückung hat die Bevölkerung Indiens einerseits überhaupt kein Vertrauen mehr zu den bürgerlichen Parteien; auf der anderen Seite

jedoch ist sie bereit, sogar mit ihrem Leben gegen das bestehende System und die Polizei zu kämpfen. Alle diese Länder sind noch unter kapitalistischer Kontrolle - außer Afghanistan.

Die herrschende Bürokratie in der Sowjetunion konnte aus ihren eigenen machtpolitischen Interessen heraus nicht zulassen, das einzige Land in diesem Gebiet, in dem Großgrundbesitz und Kapitalismus abgeschafft wurden, wieder unter die Kontrolle kapitalistischer Kräfte - entweder von innen oder von außen - gebracht würde. Der Sturz eines nach stalinistischem Vorbild aufgebauten Staates zum ersten Mal in der Nachkriegszeit hätte die Grundlage der Privilegien und der Macht der Bürokratie in der Sowjetunion selbst gefährdet und ihre Existenzberechtigung massiv in Frage gestellt. Auf der anderen Seite stellen die restlichen Länder eine Gefahr für die sowjetischen Herrscher dar: falls es den Arbeitern und Bauern dort gelingt, eine demokratische sozialistische Revolution durchzuführen, würde diese revolutionäre Stimmung unmittelbar auf die Bevölkerung der Sowjetunion übergehen. Der Einmarsch hatte in erster Linie den Zweck, wenigstens einen Unruheherd in dieser Region zu stabilisieren.

"Islamische Gefahr"

Ein weiterer Grund für den Einmarsch ist zweifellos die kritische Lage der 50 Millionen Moslems, die überwiegend im südlichen Teil der UdSSR leben, der unmittelbar an Afghanistan angrenzt. Die Kämpfe auf der anderen Seite der Grenze könnten sie anstecken, zumal die stalinistische Politik nie in der Lage war, das Problem der nationalen und religiösen Minderheiten zu lösen, sondern sie ständig unterdrückt hat, anstatt ihr Streben nach politischer, kultureller

und wirtschaftlicher Selbstverwirklichung zu unterstützen. Auch in Afghanistan wird es den bürokratischen Herrschern unter Karmal nicht auf ewig gelingen, die verschiedenen Stämme und Minderheitsgruppen zufriedenzustellen.

Die internationale Auseinandersetzung um den Einmarsch ist eine Auseinandersetzung um Machtinteressen sowohl der imperialistischen Welt, als auch der imperialistischen Bürokratie in der Sowjetunion. Es ist offensichtlich, daß es der Sowjetbürokratie auch darum ging, den USA durch den Einmarsch klarzumachen, daß die Sowjetunion nun Herr in diesem Teil der Welt ist. Wahrscheinlich hatte sie jedoch die heftige Reaktion der Imperialisten unterschätzt. Auf der anderen Seite sieht Carter nicht nur die arabischen Ökquellen des Westens gefährdet, sondern auch den unmittelbaren US-imperialistischen Einflußbereich in Zentralasien eingeschränkt.

Auswirkungen des Einmarsches auf die internationale Arbeiterbewegung

Wenn die Interessen der russischen Bürokratie dazu beitragen, daß in einem weiteren Land der Welt der Kapitalismus beseitigt wird, so ist das selbstverständlich kritisch zu unterstützen. In Afghanistan sind Macht und Eigentum der Kapitalisten und Großgrundbesitzer beseitigt worden. Ein solcher Umsturz der Verhältnisse zugunsten der Arbeiter und Bauern sollte aber dazu dienen, daß das Bewußtsein der Arbeiter überall auf der Welt angehoben wird, damit sie sich ermutigt fühlen, den internationalen Kampf für den Sozialismus zu führen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die blutige und kaltblütige Art und Weise, in der der Einmarsch

durchgeführt wurde, hat eine äußerst reaktionäre Auswirkung auf das Bewußtsein der internationalen Arbeiterklasse, weil dieser angebliche "Sozialismus" nach Machtpolitik stinkt und die Unterdrückung des afghanischen Volkes zur Folge hat.

Lenin und Trotzki erklärten in den Jahren nach der Revolution 1917, daß die Rote Armee durchaus in anderen Ländern eingesetzt werden könnte, wenn dadurch dem Interesse der internationalen Arbeiterklasse tatsächlich gedient wird, beispielsweise um eine reaktionäre Regierung oder die Herrschaft der Großgrundbesitzer zu stürzen. Aber dies sollte nach ihrer Auffassung auch nur dann geschehen, falls die Arbeiterklasse in dem betroffenen Land mehrheitlich einer solchen Aktion nicht feindlich gegenüber steht! Das ist die wirkliche Bedeutung des Internationalismus für Marxisten. Die Rote Armee sollte niemals die Kämpfe der Arbeiterklasse in einem anderen Land ersetzen, sondern sie mit ihrem Einverständnis nur unterstützen und ergänzen, bis die Arbeiter selber in der Lage sind, eine neue Gesellschaft zu errichten.

Bei dem Einmarsch in Afghanistan ist dieser echte Internationalismus eindeutig nicht vorhanden. Im Gegenteil: Er zieht den Namen des Internationalismus und der Arbeiterdemokratie nur durch den Schmutz und schreckt damit die Arbeiter wichtiger Industrieländer - vor allem der USA, Japans und Europas - vom Begriff des Sozialismus ab.

Für den Sturz der stalinistischen Bürokratie - für eine Arbeiterdemokratie in der UdSSR!

Die Forderung westlicher kapitalistischer Regierung nach sofortigem Truppenabzug können wir

uns nicht anschließen. Denn unter den jetzigen Bedingungen wäre dies eine Aufforderung an die USA, in dieses Vakuum einzuziehen. Eine echte marxistische Regierung in Kabul hätte auf religiöse und sonstige Vorurteile des Volkes Rücksicht genommen. Sie hätte die grundlegenden Reformen zugunsten der Arbeiter und Bauern so durchgeführt, daß sie von diesen verstanden und unterstützt werden. So wäre es gar nicht nötig gewesen, Moskauer Truppen herbeizurufen.

Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die Ideen des Internationalen Sozialismus in der Arbeiterbewegung zu verbreiten, wie Lenin und die Bolschewiki ihn meinten, und gegen die bürokratische Herrschaft und für eine demokratische sozialistische Räteregierung in der Sowjetunion zu kämpfen. Dies ist auch die einzige Perspektive, die Afghanistan auf Dauer zu einer stabileren, modernen und ausgeglicheneren Gesellschaft verhalfen kann.

Aus dieser Sicht muß der Einmarsch der Sowjettruppen entschieden verurteilt werden. Dies bedeutet aber nicht, daß die Kampagnen der kapitalistischen Stimmungsmacher - und ihrer Echos innerhalb der Arbeiterbewegung - gegen die Sowjetunion unterstützt werden sollen, weil wir wissen, daß es sich bei ihnen ebenso um eine Verachtung der Arbeiterklasse handelt. Der einzige Standpunkt, der für Sozialisten in dieser - wie in allen anderen - Fragen annehmbar ist, ist der Standpunkt des Internationalismus und das Ziel einer weltweiten Arbeiterdemokratie, in der Imperialismus und Großgrundbesitz der Vergangenheit angehören.

Felicity Bull,
SPD Köln-Altstadt-Nord

STAHLSTREIK IN ENGLAND:

Britische Stahlarbeiter gegen Thatcher-Regierung

In Großbritannien wurde das neue Jahr mit einem offiziellen, nationalen Stahlstreik eingeleitet. Dieser Streik ist ein Meilenstein in der englischen Arbeiterbewegung. Die Stahlarbeiter führen ihren Kampf stellvertretend für die gesamte britische Arbeiterklasse. So wird denn auch der Streik von den Eisenbahnern, Hafen- und Transportarbeitern unterstützt.

Der Stahlstreik wurde von der British Steel Corporation (BSC) - dem staatseigenen, größten Stahlproduzenten in Großbritannien - provoziert. Er wollte nur eine kümmerliche 2%ige Lohnerhöhung zugestehen - bei einer Inflationsrate von um die 20%! Die konservative Thatcher-Regierung gab der BSC volle Rückendeckung. Thatcher will die Gewerkschaften in die Knie zwingen, um so ihre abenteuerliche Politik besser durchsetzen zu können. Mit dem Angriff auf die Stahlarbeiter sollte für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt ein Exempel gesetzt werden. Thatcher will den Handlungsspielraum der Gewerkschaften so weit einengen, daß ihnen eine aktive Interessensvertretung kaum noch möglich ist. Doch ihre Rechnung ging nicht auf: Die Stahlarbeiter ließen sich nicht einschüchtern. Sie streikten und organisierten "fliegende Streikposten": So bildeten sie zum Beispiel Streikposten in Hafenzentren, um die Einfuhr von Stahl zu verhindern. Jetzt liegen Stahlproduktion und -transport im ganzen Land lahm.

Das mickrige 2% Angebot der Arbeitgeber, sowie die Ankündigung der BSC, in diesem Jahr bis zu 52.000 Stahlarbeiter zu entlassen, zeigt ganz deutlich, wie die Lasten der kapitalistischen Krise tragen soll: die Arbeit-



Streikposten halten einen LKW vor einem Stahlwerk an

ter. Doch diese sind entschlossen, dem einen Riegel vorzuschieben. Dazu besteht auch aller Grund.

In Süd-Wales wollen die Arbeitgeber 2 große Stahlbetriebe schließen. Einen in Port Talbot, den anderen in Llanwern. Dies hätte den Verlust von 15.000 Arbeitsplätzen zur Folge. Die gesamte Industrie in dieser Gegend würde unter den Auswirkungen zu leiden haben. Als Folgeerscheinung würden 21.000 Arbeitsplätze in den Bergwerken vernichtet werden.

Gegen diesen Arbeitsplatzraub der BSC haben die Gewerkschaftsführer vom britischen Dachverband TUC bereits einen eintägigen Generalstreik in Wales in Erwägung gezogen. Darauf haben die Arbeiter gewartet. Sie drängen darauf, möglichst viele Arbeiter und Gewerkschaften in den Kampf mit einzubeziehen.

Die Thatcher-Regierung hat - wie sollte es auch anders sein - wo Immer sie konnte, im Interesse der Arbeitgeber gehandelt. Beide wollen den Ge-

werkschaften die Flügel stutzen, indem sie das Streikrecht angreifen. Doch schon die letzte konservative Regierung unter Heath ist mit diesem Vorhaben gescheitert. Thatcher wird es nicht anders ergehen!

Der Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften reißt nicht ab. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß die konservative Regierung wie noch keine Regierung zuvor gehaßt wird. Der Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen ihre Lohnraumpolitik drückt sich in der Mitgliederzahl des TUC aus: Von 20 Mio. Arbeitnehmern sind mittlerweile 13 Mio. organisiert.

Die Krise des britischen Kapitalismus spiegelt sich auch in der Labour Party wider. Der rechte Flügel ist vollkommen isoliert. Die "Tribune"-Gruppe (linke Sozialdemokraten) und die Marxisten, die sich um die Wochenzeitung MILITANT gruppieren, haben demgegenüber ihren Einfluß ausbauen können.

Gegenwärtig spielt die Parteiliche mit dem Gedanken einer Spaltung der Labour Party. Gleichzeitig startet sie eine Hexenjagd gegen die Marxisten in der Partei - unterstützt von der bürgerlichen Presse. Art und Umfang der Kampagne erinnern an die McCarthys Zeit in Amerika. Damals wurden, auf dem Höhepunkt des "Kalten Krieges", Tausende von Linken durch den Senator McCarthys verfolgt. Doch die Allianz von Parteilichten und bürgerlicher Presse wird keinen Erfolg haben. Sie wählen sich für ihre Kampagne einen Zeitpunkt, zu dem immer mehr Arbeiter sich nach links orientieren.

Rob Sewell, Swansea, Wales

Rückzug der sowjetischen Truppen

Was ist los in Afghanistan?

Nach mehr als acht Jahren Besetzung ziehen jetzt die sowjetischen Truppen aus Afghanistan ab.

Heißt das nun, wie viele bürgerliche Medien meinen, daß die Sowjetunion mit Afghanistan die gleiche Erfahrung macht, wie Frankreich mit Indochina und Algerien, England in Suez oder die USA in Vietnam?

Auf den ersten Blick könnte es so scheinen. Betrachtet man jedoch die ganze Entwicklungsgeschichte unter Anwendung der marxistischen Methode, so kommt man zu einem völlig anderen Ergebnis.

Die Beziehungen der beiden Nachbarstaaten waren von jeher sehr eng. So war Afghanistan 1920 das erste Land, das den jungen Sowjetstaat anerkannte. Und umgekehrt: Jahrzehntlang hat die sowjetische Bürokratie das Land unterstützt, egal welche Regierungsform oder welche Machtverhältnisse jeweils herrschten. Sie unterstützte den afghanischen Feudalismus, die Großgrundbesitzer und die Monarchie, um eigene strategische Interessen zu wahren. Es ging der Sowjetunion vor allem um Frieden und Stabilität an ihrer südlichen Grenze.

Mittelalterliche Knechtschaft

Afghanistan blieb eins der ärmsten Länder der Welt. So lag zum Beispiel das Pro-Kopf-Einkommen 1978 bei 120 US-Dollar im Jahr, 95% der Bevölkerung waren Analphabeten. Die Lebenserwartung lag unter 40 Jahren, jedes zweite Kind starb während oder kurz nach der Geburt.

Diese Zustände führten zu massiven Anti-Regierungsdemonstrationen. Schon 1977 hatten sich zwei Oppositionspartien zur stalinistischen Demokratischen Volkspartei vereinigt. Diese stützte 1978 in einem Staatsstreich den Diktator Daud. Die Lage im Land verlangte drastische Reformen. So wurde der Großgrundbesitz abgeschafft und das Land an die Bauern verteilt. Die Schulden von 11 Millionen Bauern wurden gestrichen. Das war das Ende von Großgrundbesitz und Kapitalismus.

Die sowjetische Bürokratie hat zu keiner Zeit eine sozialistische Umwälzung Afghanistans gewünscht - sie un-



Nachbuhlarbeiter: austauschbare Marionette der Bürokratie

terstützte den Diktator Daud bis zum Schluß.

Ihr Hauptinteresse war, daß der Nachbarstaat relativ stabil war und keine Entwicklung hin zu einer Arbeiterdemokratie ihre eigene bürokratische Herrschaft bedrohte. Diese Gefahr bestand in Afghanistan erst einmal nicht, denn die Machtübernahme von oben, ohne demokratische Beteiligung der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen.

Deformierter Arbeiterstaat

Sie schauten so einen von Anfang an deformierten Arbeiterstaat - ganz nach dem Vorbild, das sich ihnen in der Sowjetunion der 70er Jahre bot. Das rücksichtslose Vorgehen erlöf-

nete allerdings einen neuen Krisenherd. Afghanistan besteht aus einer Reihe verschiedener Völkergruppen, mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen. All dies wurde nicht berücksichtigt, sondern unterdrückt. Es entwickelten sich enorme Spannungen, die das Überleben des neuen Systems gefährdeten. In dieser Zeit, 1979, sah sich die sowjetische Bürokratie gezwungen, zu intervenieren.

Einen Zusammenbruch eines Staates nach ihrem Vorbild konnte sie sich nicht leisten - vor allem nicht wegen ihres Prestiges in den ex-kolonialen Ländern und weil es sich um ein Nachbarland handelte.

Nach dem Einmarsch wurden sofort eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Lage zu stabilisieren. So beruhte 1982 ein Korrespondent der britischen Wirtschaftszeitung „Economist“: „Dorbewohner, die die Guerilleros aus ihren Dörfern raushalten, können ihre eigenen Repräsentanten, Verwalter, selbst Regierungvertreter wählen. Sie können Geld beantragen, um Moscheen zu bauen und bei Ernährungsproblemen um Rat fragen... Gesundheitszentren werden gebaut, ebenso Kindergärten, Bibliotheken, Schulen. Konsumgüter werden subventioniert...“

Religiös getarnte Banditen

Die Guerillatruppen der Mudschahidin bekamen jährlich Waffen im Wert von 600 Millionen Dollar aus den USA, einschließlich Luftabwehraketen. Dazu kamen Waffenlieferungen aus Großbritanien, China, dem Iran und Pakistan.

In der kapitalistischen Presse wurden die Erfolge der Guerilla sehr übertrieben. Sie verloren viel von ihrer anfänglichen Unterstützung in der - vor allem ländlichen - Bevölkerung, als mehr und mehr deutlich wurde, daß es sich meist um korrupte Banditen handelte, die sich religiös tarnen. Besonders im Gegensatz zu den von den sowjetischen Besitzern eingeführten Reformen wurde ihr reaktionärer Charakter immer deutlicher, besonders

für die Jugendlichen.

Im Laufe der letzten zehn Jahre wurde das Analphabetentum weitgehend beseitigt, die Position der Frauen verbesserte sich. Der Islam wurde als Religion anerkannt, neue Moscheen geplant, alle repariert. So ist es unter der sowjetischen Besatzung gelungen, den Grund für eine Massenbasis für die Regierung zu legen.

Allerdings wird der Abzug des größten Teils der sowjetischen Truppen nicht bedeuten, daß jetzt Frieden im Land herrscht. Es gibt nämlich sieben große Widerstandspartien, die sich (berechtigterweise) gegenseitig nicht trauen, obwohl sie schon ein Übergangskabinett gebildet haben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in den Bergen Kämpfe zwischen den einzelnen Guerillagruppen weitergehen werden.

Das Regime in Kabul hat inzwischen einen ehemaligen Assistenten des Königs in die Regierung aufge-

nommen, und jetzt ist selbst die Rede davon, den König aus seinem römischen Exil zu holen und als Staatsoberhaupt wieder einzusetzen.

Es ist auch durchaus möglich, daß ein Teil der Widerstandsgruppen mit an der Regierung beteiligt werden. Aber: All dies würde keine grundlegende Änderung bedeuten. Denn nach wie vor wäre die Grundlage des Regimes eine verstaatlichte Wirtschaft unter Kontrolle der Bürokratie, die auch weiterhin die Schlüsselpositionen in der Verwaltung, im Militär und bei der Polizei besetzt.

Auflängere Sicht jedoch wird es nötig sein, die Fesseln des bürokratischen Regimes abzuwerfen. Das wird nur möglich sein in Verbindung mit den Kämpfen der großen russischen Arbeiterklasse. Nur so läßt sich die Grundlage für nationale und religiös verbrämte Reaktionen beseitigen. Dennis Magill, Hamburg SPD-Mitglied



Mudschahidin beim Abendgebet: Sie können dem afghanischen Volk nichts anderes als Chaos und Barbarei bieten.

Afghanistan Mudjahedin sind geschlagen

Vor einem 3/4 Jahr, am 15. Februar, verließen die letzten Soldaten der Roten Armee Afghanistan. ZDF, ARD, BILD, Morgenpost oder Express - sie stritten lediglich um den genauen Zeitpunkt, wann das Regime fallen würde. Reporter gaben auf dem Flughafen Kabul Berichte, nach denen die Einnahme der Hauptstadt jede Stunde erfolgen könnte.

Für die Kapitalisten und ihre Regierungen des „freien Westens“ wäre der Fall des Kabuler Regimes zu einem Triumph über den „Sozialismus“ geworden. Nach einigen Wochen war klar, daß ihre Propaganda von der Realität weit entfernt war.

Zunächst schien die Lage für das Regime tatsächlich brenzlich. Die Mudjahedin überwandten zeitweilig ihre Streitigkeiten und versuchten, die Stadt Djalabad als Sitz ihrer „Gegemregierung“ zu erobern. Doch Spe-



Die Regierungssoldaten haben sich vorerst durchgesetzt. Die zentralen Einheiten der Regierung fügten den Mudjahedin eine empfindliche Niederlage zu.

Seidem gab es außer kleineren Kämpfen unter regelmäßigen Raketenangriffen auf Kabul keinen ernstesten Versuch der Mudjahedin, die Regierung zu stützen. Um diese Entwicklung in Afghanistan zu verstehen, muß die soziale Grundlage der militärischen Erfolge des Regimes geklärt werden.

Fortschritt

Mit dem Umsturz 1978 kamen Vertreter der moskautreuen KP an die Macht. Diese Regierung machte den

Über die Rolle der Sowjetunion schreiben wir damals, Februar 1980: „Isoliert betrachtet - die internationale Lage und die Reaktion in der zweiten Arbeiterbewegung außer Betracht gelassen - müßten wir bei der Rolle der Sowjetunion als in gewisser Hinsicht fortschrittlich bezeichnen: Sie wird auf jeden Fall verhindern, daß es den „Rebellen“ und der alghanischen Armee gelingt, die alte Feudalordnung wieder herzustellen. (...) Die Truppen werden dafür sorgen, daß die neue Regierung Zeit hat, um die Reformen und dadurch die innenpolitische Lage zu festigen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie dann nach einiger Zeit wieder abgezogen werden, da ihre langfristige Stationierung wiederum eine Herausforderung - vor allem der nationalen Minderheiten - darstellen würde.“

Obwohl das Regime bei Abzug der Sowjettruppen noch nicht gefestigt schien, war der Bürokratie doch klar, daß allein die Anwesenheit der Roten Armee als gefährlicher Besatzmacht immer einen Nährboden für die Mudjahedin bieten würde. Der Abzug konnte ihnen eine wichtige Stütze nehmen.

Zugeständnisse

Gleichzeitig macht die Regierung unter Nadjibullah Zugeständnisse: Der Islam wurde wieder als Staatsreligion eingeführt, Grenzströmen wird autonome Selbstverwaltung eingeräumt oder sie werden einfach „bestochen“, technische Hilfe in der Landwirtschaft im Austausch gegen einen dauerhaften Waffenstillstand, Gerate in der Umgebung von Städten konnten so Widerstandsgruppen zur Kooperation veranlaßt werden.

Gleichzeitig eröffnete die Regierung auf der Grundlage „nationaler Ausöhnung“ eine Kampagne des extremen alghanischen Nationalismus gegen Pakistan und die USA als Verbündete der Mudjahedin. Najibullah bezeichnete sich inzwischen als „Vertreter des nationalsozialistischen und islamischen Afghanistan“.

Die Grundlagen des Regimes blieben natürlich erhalten: eine verstaatlichte Wirtschaft mit einer privilegierten Bürokratie nach dem Vorbild der UdSSR. Die feudalen Elemente wurden zurückgedrängt. Durch die Planungswirtschaft wurde in den wachsenden Städten inzwischen eine kleine Indu-

greifbaren Fortschritte in Wirtschaft, Bildung und Kultur innerhalb der Bevölkerung, Unterstützung für das Regime erzeugt und die Kampfmentalität der Truppen aufrecht gehalten.

Räuberbanden

Diese Wirkung wird durch den Charakter der Mudjahedin enorm verstärkt. Denn ganz im Gegensatz zu dem Image der „Freiheitskämpfer“ (Reagan) ist ihre wirkliche Natur militärischen Räuberbanden ähnlicher. Sollten sie Kabul erobern, so wäre das Ergebnis mit Sicherheit keine parlamentarische Demokratie, wie in die USA, die CDU- oder andere bürgerliche Regierungen der zivilisierten Welt über ihre Verbündeten eintreten wollen. Diese Banditen betreiben Drogen-, Waffen- und Frauenhandel. Ihre Machtkämpfe untereinander führen schon jetzt zu blutigen Massakern. Dazu laut Süddeutscher Zeitung einer ihrer militärischen Führer: „Derlei



Die Mudjahedin sind Banditen, keine „Freiheitskämpfer“. Massaker sind nichts besonderes in Afghanistan mit seinen Stammesstratidonen und -rivalitäten. Es gehört dort zum Leben und das wird so bleiben.“

Besonders nach dem Fall Kabuls würde der Bürgerkrieg ernstlich ausbrechen. Mittelmäßige Großgrundbesitzer würden an Bauern Rache nehmen, und Frauen sind in den Augen dieser „Freiheitskämpfer“ nichts als

Für die Bewohner der Städte Afghanistans ist eine solche Perspektive die reinste Horrorversion. Einen Vorgesamten bieten die ständigen Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung. Und die Landbevölkerung erleidet oft genug, was ein Sieg der Mudjahedin bedeutet: Gewalt, Unterdrückung und Plünderer.

Instabilität

Auch wenn ein Sturz des Regimes in Kabul nicht völlig ausgeschlossen werden kann, so erscheint er für die nächste Zeit als sehr unwahrscheinlich. Entgegen der Behauptung, Gorbatschow könnte aus finanziellen Gründen und wegen seiner Politik der „Kooperation“ mit dem Imperialismus (z.B. in Angola) auch Afghanistan opfern, wird das Regime gerade durch Waffenlieferungen weiterhin stark unterstützt.

Jedoch ist eine langfristige Stabilität des Regimes nicht zu erwarten.

ten: Die wachsende innenpolitische Instabilität der UdSSR selbst und die bürokratische Herrschaft in Afghanistan macht künftige Krisen in Afghanistan unvermeidlich. Doch solange nicht die sowjetische Arbeiterklasse die bürokratische Herrschaft durch eine Arbeiterdemokratie ersetzt, wird sich auch am Herrschaftssystem in Afghanistan wenig ändern können. Geert Möbius, Hamburg

Sackgasse islamischer Fundamentalismus

Nach dem Zusammenbruch Osteuropas bauen die Herrschenden ein neues Feindbild auf: den islamischen Fundamentalismus. In Frankreich wird islamischen Mädchen in der Schule verboten, Kopftücher zu tragen. Jugendliche algerischer Abstammung sind bevorzugtes Ziel von Polizeigriffen. Auch hier wird der Fundamentalismus von Medien und Verfassungsschutz zur neuen Gefahr für Demokratie und Freiheit ausgerechnet.

Daniel Beruhzi, Aachen

Was steckt hinter dem Anwachsen des Fundamentalismus im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika? Der Fundamentalismus ist in fast allen Ländern mit islamischer Bevölkerung auf dem Vormarsch, ob im Sudan oder im Libanon, in Pakistan, Jordanien, Indonesien oder Somalia.

In der Türkei, wo der Putschgeneral Evren und sein Nachfol-

ger des Fundamentalismus ist die katastrophale Lage der meisten Menschen in dieser Region. Der Aufschwung der 80er Jahre in den entwickelten kapitalistischen Ländern fand zum großen Teil auf dem Rücken der „3.Welt“ statt. Durch das Absinken der Rohstoffpreise, auch für Erdöl, wurden die wirtschaftlich unterentwickelten Länder massiv ausgeblutet.

Der wirtschaftliche Druck verschärfte sich mit der Rezession Ende der 80er. Kredite erhalten diese Staaten vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank nur unter hohen Auflagen. Sie werden zu Privatisierungen und zum Abbau von ohnehin nur geringen Sozialleistungen gezwungen. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sind die Folge.

Von der Arbeitslosigkeit in dieser Region – meist über 25 Prozent – sind vor allem Jugendliche betroffen. Sie suchen einen Ausweg aus der Perspektivlosigkeit und den schlechter

weiterhin Profite zu machen.

Einerseits drückt der Fundamentalismus die revolutionären Hoffnungen der Massen, vor allem der Jugend, aus. Er erscheint ihnen als etwas Neues. Alle anderen Systeme haben in ihren Augen versagt. Andererseits ist die Führung durch und durch reaktionär. Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus bürgerlichen und halbfeudalen Schichten. Die Ideologie des Fundamentalismus ist reaktionär. Er benutzt jedoch soziale Demagogie, um Massenunterstützung zu bekommen.

Die Fundamentalisten wollen zurück zu den (angeblichen) Fundamenten des -Islam. Sie wollen einen islamischen „Gottestaats“, in dem die Scharia (islamisches Regelwerk) die Grundlage der Gesetze bildet.

Iran: Reaktionäre Diktatur

Sein reaktionärer Charakter zeigt sich am deutlichsten dort,

gemacht. Die Mehrheit der Arbeiter und Jugendlichen ist gegen die Mullahs und sucht nach einer Alternative. Eine Revolution im Iran hätte enorme Auswirkungen auf die islamistische Bewegung in anderen Ländern.

Bürgerkrieg in Algerien

In Bürgerkrieg zwischen Fundamentalisten und der Regierung in Algerien sind seit 1992 mehr als 4000 Menschen getötet worden. Bis Mitte der 80er Jahre hatte die regierende FLN (Nationale Befreiungsfront) mit der FIS (Islamische Heilsfront) gegen die erstarkende Demokratie- und Frauenbewegung zusammengearbeitet.

Die FLN hatte das algerische Volk in einem achtjährigen Befreiungskrieg gegen Frankreich 1962 zum Sieg geführt. Aber durch Korruption, Sozialabbau und die Unterdrückung jeglicher Opposition hat die FLN ihre Autorität schon lange verloren. Als die FIS bei den Parlamentswahl-

waren in Algerien verhältnismäßig viele soziale Reformen erreicht worden. Der wirtschaftliche Zusammenbruch war für die Bevölkerung ein Schock. 1988 beehrte eine radikale Jugendbewegung dagegen auf, die jedoch vom Staat niedergeschlagen wurde. Diese Niederlage hat im Bewusstsein der algerischen ArbeiterInnen und Jugendlichen Spuren hinterlassen.

Die FIS konnte trotz ihrer reaktionären islamistischen Ideologie sehr schnell Massenunterstützung erlangen. Allerdings durchschauen auch viele den reaktionären Charakter der FIS und lehnen sowohl die FLN als auch die FIS ab. So sind 1991 über die Hälfte der Wahlberechtigten gar nicht erst zur Wahl gegangen. Im Januar '92, nach dem Wahlsieg der FIS, nahmen über 100 000 Menschen an einer Demonstration gegen die Fundamentalisten teil. Sie riefen: „Nein zum Fundamentalismus! Nein zur Diktatur!“

Frieden in Palästina?

Das Leben der Menschen in Palästina hat sich durch das Friedensabkommen zwischen der PLO und der israelischen Regierung nicht verbessert. Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages im September 93 sind 95 Israelis und 197 Palästinenser getötet worden.

Auch die soziale Not ist größer geworden. In Israel, wo vorher 45 Prozent der Bewohner des Gaza-Streifens eine Arbeit hatten, können heute nur noch wenige arbeiten. Von den zugesagten Hilfsgütern für die „autonomen“ Gebiete ist bisher nur ein kleiner Teil angekommen, der vor allem für die Finanzierung einer palästinensischen Bürokratie ausgegeben worden ist. Die Arbeitslosigkeit in Gaza wird auf bis zu 85 Prozent geschätzt. Die Preise sind massiv gestiegen, aber das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt immer noch bei nur 1300 Dollar (in Israel: 12 000 Dollar).

Die begrenzte Autonomie für Gaza und Jericho hat nur dazu geführt, daß jetzt palästinensische Polizei auf Palästinenser schießt und so der israelischen Armee die Arbeit abnimmt. Die palästinensische Autonomiebehörde unter Arafat hat sich gut in den Unterdrückungsapparat integriert. Viele jugendliche Aktivisten der Intifada (arabisch für Aufstand, Befreiungskampf gegen die israelische Besatzung), deren Kampf die neuen Entwicklungen überhaupt ermöglicht hat, sehen die PLO-Führung inzwischen als Verräter

gegen israelische Zivilisten kämpfen, wurde Anfang 1988, nach Ausbruch der Intifada gegründet und wie die Fundamentalisten in der Türkei und Algerien zuerst vom israelischen Staat unterstützt, um ein Gegengewicht zur PLO zu bilden.

Rückschritt für Intifada

Die Hinwendung von Intifada-Aktivisten zu fundamentalistischen Gruppen wie der Hamas ist ein Rückschritt für den Aufstand. Die Palästinenser hatten seit 1987 einen großartigen Kampf geführt und die Besetzung für Israel unhaltbar gemacht. In dieser Massenbewegung waren viele demokratische Strukturen entstanden, Jugendliche und ArbeiterInnen hatten begonnen, die Untergrund-Gesellschaft selbst zu organisieren. Palästinensische Frauen kamen vorwärts im Kampf gegen sexistische Unterdrückung.

Doch die Intifada-Aktivisten richteten die Bewegung nicht darauf aus, auch die jüdische Arbeiterklasse zu erreichen und auf der Basis von Arbeiterreinheit einen gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandard zu führen. Dazu wäre eine bewußte sozialistische Organisation nötig gewesen.

Die Stärkung der Hamas wird die ohnehin bestehende Spaltung zwischen jüdischen und arabischen ArbeiterInnen vertiefen und es schwieriger machen, Ansätze für einen gemeinsamen Kampf zu finden. Das wiederum erleichtert dem israelischen Staat, die Unterdrückung Palästinas aufrechtzuerhalten.

Auf der Grundlage weiterer Desillusionierung mit dem „Friedensprozeß“ könnte die Hamas sich weiter aufbauen. Möglich ist aber auch die Einbindung deren Führung in den Herrschaftsapparat. Die Berufung eines Hamas-Führers zum Vorsitzenden eines neuen islamischen Berufungsgerichtes durch Arafat zeigt, daß die PLO-Führung genau das versucht.

Sozialistische Alternative aufbauen

Die radikale anti-imperialistische Rhetorik der Fundamentalisten fällt sowohl in den Slums von Algier als auch in den Flüchtlingslagern von Gaza auf fruchtbaren Boden. Die Massen suchen einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Elend und Unterdrückung. Seit dem Niedergang des Stalinismus scheint der islamische Fundamentalismus die einzige radikale Alternative zur bestehenden Ordnung zu sein.

Doch der Fundamentalismus bietet den Massen keine wirkliche Alternative. Das zeigt sich am deutlichsten im Iran. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten der Region werden erkennen, daß der islamische Fundamentalismus nicht die gesuchte Lösung ist. Es ist an der Zeit, eine starke sozialistische Alternative in dieser Region aufzubauen! Der Kampf für eine sozialistische Demokratie würde die Arbeiter und Jugendlichen gegen den Imperialismus vereinigen und einen wirklichen Ausweg aus dem kapitalistischen Elend aufzeigen.



Palästina: Trotz „Friedensabkommen“ verschlechtern sich die Lebensbedingungen für die Massen in Gaza, Jericho und den besetzten Gebieten. Auf dieser Grundlage können die Fundamentalisten der Hamas weitere Unterstützung bekommen.

ger Özal den Islamisten den Weg in Schulen, Unis und ins Militär ebneten und sie jahrelang erst gegen die „kommunistische Gefahr“ und dann gegen die „kurdische Gefahr“ unterstützten, feiert die islamistische RP („Wohlfahrtspartei“) Wahlerfolge. Bei den Kommunalwahlen im März 94 erhielt sie landesweit 19,1 Prozent und stellt seither die Bürgermeister von Istanbul und Ankara.

Auch in Ägypten wurden in den 70er Jahren die Fundamentalisten vom Staat als Gegengewicht zur Linken aufgebaut. Heute führen sie einen bewaffneten Kampf gegen die Regierung. Der Staat antwortet mit Gegenterror, mit willkürlichen Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen. In den letzten drei Jahren sind fast 600 Menschen bei bewaffneten Auseinandersetzungen getötet worden.

Sozialer Niedergang

Die Grundlage für den Auf-

wendenden sozialen Verhältnissen.

In der Vergangenheit hatte die Sowjetunion eine große Anziehungskraft. Überall entstanden große kommunistische Parteien. Doch die von Moskau gelenkten KPen erwiesen sich als unfähig, die Lage der Massen zu verbessern. Mehrere gute Möglichkeiten, Revolutionen anzuführen, blieben ungenutzt. Mit dem Zusammenbruch der stalinistischen Diktaturen in Osteuropa und dem Versagen der KPen hatte sich diese Alternative erledigt.

Jetzt drückt sich der Haß auf den Imperialismus und seine Marionetten in der Sprache des Islam aus. Allerdings ist der islamische Fundamentalismus nicht wirklich anti-imperialistisch. Wegen dem Druck der Massen stellen fundamentalistische Regime für den Imperialismus zwar einen destabilisierenden Faktor dar, aber sie stehen voll und ganz auf dem Boden des Kapitalismus und ermöglichen den westlichen Konzernen,

wo er an der Macht ist: im Iran. Seit der Revolution von 1979 haben dort die Mullahs, die religiösen Führer, das Sagen. Die Unterdrückung ist jetzt noch schlimmer als zu Zeiten des Schah. Frauen dürfen nur mit Schleier auf die Straße gehen. Die „Revolutionswächter“ terrorisieren die Bevölkerung. Gegner des Regimes werden gefoltert und hingerichtet.

Auch die soziale Situation hat sich stark verschlechtert. 15 von 60 Millionen Iranern sind arbeitslos, die Armut ist massiv angestiegen. Immer häufiger kommt es zu Revolten und Streiks. Mit brutalem Nationalismus versuchen die Herrschenden von der sozialen Katastrophe abzulenken. Im Juni 94 wurden in der Provinz Khorassan über 1000 afghanische Flüchtlinge, „Glaubensbrüder“ der Mullahs, von iranischen Milizen massakriert.

Die iranische Arbeiterklasse hat bittere Erfahrungen mit dem islamischen Fundamentalismus

len im Dezember 1991 im ersten Wahlgang mit 47 Prozent die meisten Stimmen gewann (FLN: 23 Prozent), verhinderte das Militär durch einen Putsch deren Machtübernahme. Die Wahlen wurden annulliert und die FIS verboten. Von Protesten der westlichen „Demokraten“ war nichts zu hören.

Die wirtschaftliche Lage ist

Die Grundlage für den Aufstieg des Fundamentalismus ist die katastrophale Lage der Massen. Der Aufschwung der 80er Jahre fand auf dem Rücken der „3.Welt“ statt.

katastrophal. Der Staat ist mit 27 Milliarden Dollar verschuldet. 70 Prozent der Devisen gehen in den Schuldendienst an die westlichen Banken. Auf Druck des IWF wurden Lebensmittelsubventionen gekürzt und Staatsbetriebe privatisiert. 70 Prozent sind ohne Arbeit.

In den 60er und 70er Jahren

BORDERING ON WAR

THE MURDER OF six Iranian diplomats and one journalist by invading Taliban forces in the northern Afghan city of Mazri-i-Sharif at the beginning of August considerably increased tensions in the unstable region of Central Asia.

Mazri-i-Sharif was one of the last cities to hold out against the Taliban's struggle to gain complete dominance over the whole of Afghanistan. It was one of the bases for the oppositional Northern Alliance, partially backed by Iran. It is also home to the minority Shi'ites who form 20% of the Afghan population. Since taking the city, reports have filtered out of the massacre of thousands of Shi'ites by the majority Sunni Taliban forces.

The response of the Iranian regime was to amass 270,000 troops on the Iranian-Afghanistan border. The Taliban, in turn, sent thou-

sands of troops to the border area. The Iranian government has used the historic division in the Islamic world between Shia and Sunni Muslims, to mobilise considerable public anger in Iran against the murder of the diplomats. They have demanded that those responsible for the killings should be handed over to Iran.

The Taliban refused to do this, saying they will take disciplinary action against those 'renegade' troops who carried out the killings. Since coming to power, the Taliban have implemented brutal, reactionary Islamic fundamentalist rule which has resulted in the banning of education for women, and any manifestation of modern city culture. Public hangings, floggings and stonings are ritually used by the mullahs (priests) as a method of dispensing punishment for minor misdemeanours. When the Taliban

The Taliban dismiss the Iranian regime as 'reformist and degenerate' because of its too close links with the West.

took Kabul, capital of Afghanistan, they hung television sets from lamposts as an example of what they thought of this corrupting Western influence.

The Taliban portray themselves as the only example of genuine Islamic rule and the leaders of a world struggle for Islamic jihad or revolution. They dismiss the Iranian regime as 'reformist and degenerate' because of its too close links with the West and the fact that its population is Shia Muslim, who 'deviate' from the 'true' teachings of Allah.

All the surrounding countries in Central Asia, as well as US imperialism, have interests in Afghanistan. US imperialism is interested in opening up pipelines between oil-rich Central Asian republics, like Turkmenistan, and the Indian Ocean. This would involve crossing Afghan and Pakistani territory. The US company UNICAL has, however, suspended its plans to build such a pipeline following the US embassy bombings in Tanzania and Kenya, which preceded the US retaliatory cruise missile strikes against sites in Afghanistan.

Despite ritual condemnation of the 'human rights abuses' by the Taliban, the hypocrisy of US imperialism is shown by the fact that CIA, along with countries like Saudi Arabia, funded the Taliban guerrillas in their struggle against the Soviet-backed Afghan regime.

Pakistan is deeply involved in providing aid and military advice to the Taliban, as well as bases in their own territory. This has increased tension between Pakistan and Iran.

Central Asian states such as Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan fear the growth of



Iranian military manoeuvres on Afghan border

the Taliban. All these countries have either majority Sunni or important Sunni minorities. Their border areas are already heavily infiltrated by Taliban forces. Their restive populations, ground down by the economic crisis which has devastated these countries since the collapse of the Soviet Union and outraged by the corruption of the mafia-type elite that passes for government, could provide fertile recruiting ground for the Taliban. As a result of growing instability in the region, the Yeltsin regime has also sent troops to its border areas.

Countries like Saudi Arabia with a Sunni majority could also be affected in a situation of growing economic difficulties caused by falling oil prices and the costs of the Gulf war. The opulence and corruption of the Saudi royal family has already led to a revival of more austere opposition Islamic fundamentalist groups.

It is unlikely that the Iranian government will go as far as invading Afghanistan, for political and economic reasons. The new 'moderate' regime of President Khatami, elected with a crushing 75% of the votes in last year's election, is desperate to open up economic links with the US and Europe. Despite the existence of a more reactionary, conservative wing of the ruling theocracy, the effective lifting of the fatwah against the author Salman Rushdie and the re-establishment of diplomatic relations with Britain, are an indication of the intentions of the Iranian government. The restoration of diplomatic ties followed the signing of contracts worth \$5.4 billion between the

National Iranian Oil Corporation and a British company, IBC UK.

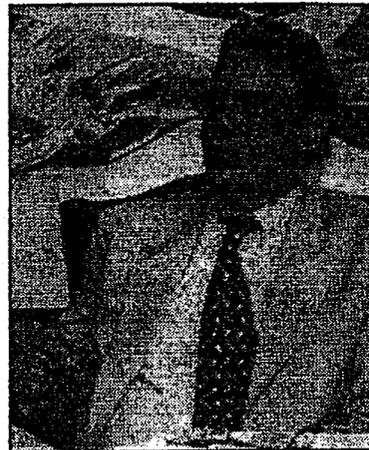
Although the Iranian army is much larger than the Taliban's, an invasion would lead to further international isolation for Iran. Militarily it would be suicide - Iranian troops would be on hostile territory, fighting on terrain which would be advantageous to the guerrilla forces of the Taliban. It is possible that Iran could use the opportunity of its military manoeuvres to re-equip its ally in the Northern Alliance, Ahmed Shah Massoud. Massoud's forces recently launched a rocket attack against Kabul killing 65 people.

The Saudi regime, probably under pressure from US imperialism, has effectively withdrawn diplomatic recognition of the Taliban regime. This is an attempt to put pressure on the Taliban and goes hand-in-hand with appeals from Pakistan and Saudi Arabia to the US to back recognition of the Taliban on the basis of the idea that acceptance will make them more 'moderate'.

Whatever diplomatic manoeuvres are implemented by US imperialism, the fundamental problems in the region will remain. The religious, social and economic contradictions in Afghanistan are the result of the intervention of imperialism and the reactionary and feudal regimes in the area. Only the combined struggle of the working class and peasantry of the region can form the basis of a movement to provide a solution to the internecine conflict which has torn Afghanistan apart over the last two decades. ☉

Kevin Simpson

A SAFE PAIR OF HANDS?



Cardoso returned

Even in the factories of Sao Paulo, where the yellow union dominates the metal workers, the leaders did not have the guts to go against the mood for Lula.

AT THE IMF meeting in Washington, spontaneous applause greeted the announcement of Cardoso's first round election. A stronger vote for Lula (candidate of the Partido Trabalhadores - PT) would have raised the spectre of default on Brazil's loans, so this was a sincere feeling of genuine relief on the part of these financial vampires. If Cardoso had got 5% less than his 51% final vote, there would have been a second round run-off.

During the weeks before, applause of a different kind had erupted as Lula was endorsed at factory-gate meetings held by the metal workers union in the ABC industrial area, hard hit by firms moving to cheaper-labour regions, and where the left CUT union has a strong base. A run-off in the midst of an economic crisis, with the IMF 'seeking assurance' of cuts, could have mobilised Lula's 30% vote and added the other 10% protest vote into a close-fought second round.

Even in the factories of Sao Paulo, where the yellow

